

Edelpensionärin des Tages: Heidemarie Wieczorek-Zeul

Über manches kann man nicht lachen. Beispielsweise über die Pensionen unserer Berufspolitiker. Am Mittwoch hängte der stern an die große Glocke, welche Rentenansprüche sich die aus der Regierung scheidenden SPD-Minister erarbeitet haben. Das Magazin schaffte es dabei, mit einer knappen Meldung mehr »Sozialneid« zu schüren, als die Berichte über Boni-Banker in einem ganzen Jahr.

Man nehme beispielsweise Heidemarie Wieczorek-Zeul. Der langjährigen Entwicklungsministerin stünden demnach 9430 Euro monatlich zu. Selbst wenn man der »roten Heidi« alles Gute wünscht, scheint das happig. Ein »Durchschnittsarbeitnehmer« müßte 347 Jahre arbeiten, um eine solche Rente zu bekommen, rechnete der stern aus. Und ihm würde monatlich fast die Hälfte seines Arbeitsentgelts (ich rechne den sogenannten Arbeitgeberanteil mal als Lohnbestandteil) abgezwickelt, um den Rentenanspruch zu finanzieren.

Nun wissen wir aus der Bild-Zeitung: Politik ist ein hartes Brot, angefangen beim Ehrenamt im Ortsverein bis zum Europaparlament, der EU-Kommission oder dem Bundeskabinett. Ohne Häme ist klar, daß die Arbeit von Politikern ordentlich bezahlt werden muß. Probleme treten dann auf, wenn das nicht mehr sozialverträglich ist, wie bei den völlig überzogenen Versorgungsansprüchen. Auch das Argument, man bekäme keine guten Leute mehr, wenn dies verändert werde, ist Unsinn. Wäre es richtig, müßten in den Büros der Großbanken nur Genies sitzen.

Wieczorek Zeul ist nur ein Beispiel, Ulla Schmidt, ein anderes. Der Frau, die den Dienstwagen mit Fahrer auch am Urlaubsort nicht missen wollte, stehen dem stern zufolge ab sofort 8410 Euro monatlich zu. Da drängt sich schon mal der Gedanke auf, daß es Leute mit solchen Privilegien sind, die über das Schicksal von Millionen Rentnern, Arbeitslosen, Sozialhilfebedürftigen und auch »Durchschnittsarbeitnehmern« entscheiden. (kf)